

Achtes Alumni-Treffen der Trierer Politikwissenschaft 2012

Am 27. und 28. Januar 2012 fand an der Universität Trier das achte Alumni-Treffen der Trierer Politikwissenschaft statt. Dieses ist wieder einmal auf große Resonanz gestoßen. Zu Beginn fand am Freitagnachmittag die „Berufsberatung von Alumni für Trierer Politikstudenten“ statt, bei der sechs Ehemalige den Studenten Einblicke in spätere Berufsfelder ermöglichten. An der Berufsberatung wirkten folgende Alumni mit: Alexander Lambert



(Government & Public Affairs in Unternehmen), Bettina Dreher (Lehramt), Christoph Neßhöver (Journalismus), Lotte Frach (Verbände, Ministerien), Raimund Wolf (Unternehmensberatung) und Sven Hartmann (Gewerkschaften).



Für den anschließenden Festvortrag in der Promotionsaula des Bischöflichen Priesterseminars konnte Prof. Dr. Max Otte, Professor für BWL an der Fachhochschule Worms, derzeit Professor an der Universität Graz, und Leiter des von ihm gegründeten Instituts für Vermögensentwicklung gewonnen werden. In seinen Ausführungen, die von Herrn Prof. Dr. Hanns W. Maull moderiert wurden, beschäftigte sich Herr Otte mit der Finanz- und Eurokrise und deren Ursachen.

Laut Max Otte geht es sowohl in der Finanz- als auch in der Eurokrise vor allen Dingen um Macht – Macht, die normalerweise die Politik innehat und dazu nutzt, die Märkte im Hinblick auf das Gemeinwohl zu regulieren. Die Politik habe jedoch diese Macht über den Finanzmarkt verloren.

Dieser Prozess der Machtübernahme der Finanzbranche sei von einer die Selbstregulierung der Märkte predigenden Priesterkaste der Betriebswirtschaftslehre unterstützt worden. Die Finanzbranche bzw. eine von Herrn Otte als „Finanzoligarchie“ bezeichnete Elite von

Investmentbanken, Hedgefonds und Ratingagenturen habe einen so starken Einfluss auf die Politik gewonnen, dass sie die ihre Geschäftstätigkeit betreffenden Regeln in großem Umfang selbst beeinflussen könnten. So sei es z.B. gelungen, bei den Verhandlungen über Eigenkapitalvorschriften für Bankinstitute im Rahmen von „Basel II“ dafür zu sorgen, dass es teurer sei, normale Kredite als die teilweise hochriskanten Finanzprodukte der Investmentbanken abzusichern.

Die aktuelle Eurokrise beschrieb Prof. Otte als Folge der Fehler, die bei der Einführung des Euros gemacht worden seien. So habe man Staaten aufgenommen, deren Haushalte nicht bereit für die Gemeinschaftswährung gewesen seien, und man habe auf eine gemeinsame Wirtschaftspolitik verzichtet. Aber auch Finanzmarktakteure trügen Schuld an der Eurokrise, da sie unter der Annahme, im Zweifelsfall von der Politik gerettet zu werden, mit den Staatsanleihen schwacher Euroländer spekuliert hätten. Die Ratingagenturen hätten insofern versagt, als sie lange Zeit ihre Aufgaben nicht wahrgenommen und Staaten mit einer Haushaltsschieflage nicht herabgestuft hätten. Sie würden dieses Herabstufen aber jetzt mitten in der Krise nachholen und diese dadurch noch verstärken. Es gebe Akteure an der Wallstreet, denen dies nutze. Dass die Bonität der USA, deren Haushaltslage schlechter sei als die mancher Eurostaaten, nicht herabgestuft würde, deute eben darauf hin.

Um aus der Eurokrise herauszukommen, sei es Herrn Otte zufolge die optimale Lösung, die Schuldenstaaten aus dem Euroraum zu entlassen. Die betroffenen Staaten könnten dann eine geregelte Insolvenz durchführen, ihre eigene Währung abwerten und dadurch wieder wettbewerbsfähig werden. Staatsinsolvenzen habe es schon oft gegeben, sie seien praktikabel und die EU werde dadurch nicht untergehen, schließlich gebe es auch jetzt zehn EU-Staaten, die den Euro nicht eingeführt hätten. Der Euro habe ohnehin wenig für die europäische Einigung getan, er Sorge eher dafür, dass entgegen der Verträge Staaten für die Schulden anderer einstehen müssten.

Die von ihm favorisierte Option hielt Herr Otte allerdings für schwer durchsetzbar, da private Gläubiger dann einen großen Teil der Kosten zu tragen hätten, während momentan vor allen Dingen die Steuerzahler der stärkeren Euroländer die Last trügen. Als unumgängliche Alternative sah Herr Otte ein Ausscheiden zumindest Griechenlands aus dem Euroraum, kombiniert mit einem erheblichen Schuldenschnitt anstelle einer freiwilligen Bankenbeteiligung.

Laut Herrn Otte stehen uns noch einige Jahre der Krise bevor, auch wenn eine extreme Zuspitzung der Krise nicht zwangsläufig zu erwarten sei. Lehren seien allerdings bisher kaum aus der Krise gezogen worden. Dabei sei es enorm wichtig, die Macht der „Finanzoligarchie“ zu brechen und die Finanzmärkte stärker zu regulieren. Daher sei die Politikwissenschaft gefordert, dafür zu sorgen, dass die Politik ihre Aufgaben wieder wahrnimmt und den Primat der Politik wieder herstellt, um das Gemeinwohl in den Vordergrund zu rücken.

Der erfrischend offene und teilweise polarisierende Vortrag von Herrn Otte rief im Anschluss eine lebhafte und kontroverse Diskussion hervor, bei der besonders der laut Otte notwendige Ausschluss Griechenlands aus dem Euroraum diskutiert wurde.

Auch dieses Jahr wurden im Rahmen des Festvortrages wieder drei Förderpreise für herausragende Masterarbeiten des Jahres 2011 verliehen. Den mit 500 Euro dotierten



„Alumni-Preis für theorieorientierte/theoriegestützte Politikanalysen“ ging in diesem Jahr an zwei Preisträger: Judith Gouverneur, die für ihre Arbeit „Demokratisierung dekolonisieren. Alterität in kosmopolitischen agonistischen Theorien der Globalisierung“ (Betreuer: Prof. Thaa) ausgezeichnet wurde; Marcel Serr (2. v. l.) für seine Arbeit „Existenzkampf oder Expansionsdrang? Ein Vergleich der Erklärungskraft von defensivem und offensivem Realismus am Beispiel der Kriege Israels zwischen 1948 und 1973“ (Betreuer: Jun.-Prof. Dr. Martin Wagener).

Der „Politische-Ökonomie-Preis für die Analyse der Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaft“ wurde Marco Raphael (1. v. l.) für seine Arbeit mit dem Titel „Die Konsolidierung der kommunalen Verwaltung in Rheinland-Pfalz“ (Betreuer: Prof. Dr. Sebastian Heilmann) verliehen. Stifter des Preises ist Jens Tolckmitt, Hauptgeschäftsführer des Verbandes deutscher Pfandbriefmarken.

Außerdem wurde Daniel Reichard (1. v. r.) für seine Arbeit „Regierungskommunikation als Krisenkommunikation. Eine Annäherung an das Kommunikationsmanagement der Großen Koalition im Kontext der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009“ (Betreuer: Prof. Jun) mit dem „MLP-Preis für praxisbezogene Politikstudien“ ausgezeichnet. Stifter des Preises ist die Firma MLP.

Am darauffolgenden Samstag rundeten zwei Panels das Alumnitreffen ab. Die Panels wurden jeweils durch drei Referate mit einem gemeinsamen Themenschwerpunkt eröffnet, die anschließend zu lebhaften Diskussionen anregten. Das erste Panel wurde von Martin Weinert (2. v. r.) moderiert und hatte das Thema „Europa und der arabische Frühling“. Hier gaben die drei Panelisten Alexander Lambert (2. v. l.), Dr. Marco Overhaus (l.) und Carsten Triphaus (r.) einen Überblick aus drei unterschiedlichen beruflichen Perspektiven.

Den Anfang machte Marco Overhaus, der die Reaktion der EU auf die Revolutionen in der arabischen Welt bewertete. Seiner Meinung nach handelt es sich beim arabischen Frühling um eine heterogene Herausforderung, da es stärker und schwächer betroffene Staaten gebe. So sei Tunesien momentan ein Hoffnungskandidat für eine erfolgreiche Transition, in Ägypten habe dagegen bisher nur ein Elitenwechsel stattgefunden und in Libyen sei es zum Bürgerkrieg gekommen. Angesichts dieser Herausforderungen sei die EU schlecht aufgestellt, was die Reaktion auf den arabischen Frühling angehe, sie könne zwar Erfahrung mit Transitionsprozessen aus Osteuropa einbringen, habe diese aber nicht hinreichend genutzt.

Da die EU als militärischer Zwangsakteur zu vernachlässigen sei, habe sie sich auf Sanktionspolitik als Ersatzpolitik beschränkt. Die Defizite in den Reaktionsmöglichkeiten der EU seien allerdings nicht nur auf fehlende Finanzmittel zurückzuführen. So sei z.B. die Europäische Nachbarschaftspolitik eher langfristig orientiert und auf Staaten ausgerichtet, es mangle aber an kurzfristigen auf die Zivilgesellschaft abgestimmten Instrumenten.



Im Anschluss ging Alexander Lambert, der bei der Daimler AG im Bereich der politischen Kommunikation arbeitet, auf die Chancen und Risiken für die deutsche Wirtschaft ein, die die Revolutionen mit sich brächten, und schilderte die arabischen Umbrüche aus der Sicht eines global aufgestellten deutschen Großunternehmens. Tunesien sei ein Zentrum der Herstellung von KFZ-Teilen, da dort viele Zuliefererbetriebe über Standorte verfügten, was während der Revolution teilweise den Nachschub für deutsche Autohersteller lahmgelegt habe. In Ägypten sei die Situation prekär gewesen, da teilweise ein wütender Mob westliche Konzernmitarbeiter bedroht habe. Libyen dagegen sei ein reiner Absatzmarkt für viele deutsche Unternehmen, es habe dementsprechend nur verschmerzbarer Umsatzeinbrüche gegeben. Die Probleme, mit denen sich die deutsche Wirtschaft konfrontiert sieht, ließen sich also mit den drei Begriffen: Sicherheit, Produktionsketten und Einnahmen zusammenfassen.

Des Weiteren ging Herr Lambert auf die Verantwortung der deutschen Wirtschaft ein, diese habe gerade im Bereich der Rüstungsgüter jahrelang Geschäfte mit den Regimen Nordafrikas gemacht, diese Geschäfte seien teilweise politisch motiviert gewesen, von den Unternehmen jedoch auch nicht hinterfragt worden. Daraus resultiere ein Reputationsverlust für die deutsche Wirtschaft. Der Wandel in der arabischen Welt habe Investitionssicherheit reduziert, aber die Hoffnung auf Wachstum geschaffen. Zum Abschluss stellte Herr Lambert die Frage in den Raum, ob es Aufgabe der Unternehmen sei, Demokratie und Menschenrechte zu fördern, bzw. ob sie überhaupt dazu in der Lage seien und über die Mittel verfügten.

In einem letzten Beitrag des Panels stellte Carsten Triphaus als Mitarbeiter der ZDF-Nachrichtenredaktion das Thema aus Mediensicht vor. Im Falle des ZDF habe man das Revolutionsjahr gut vorbereitet begleitet. So stand ein Pool von Reportern bereit, die auf gefährliche Zustände, wie während der Revolutionen, durch ein Pflichttraining vorbereitet wurden und jederzeit an die Brennpunkte verlegt werden konnten. Am Beispiel eines in Ägypten von der Militärpolizei verhafteten und indirekt gefolterten Reporters verwies er auf die Gefahren der Berichterstattung über die „Arabellion“.

Er schilderte auf anschauliche Weise den Umgang seines Senders mit einem klassischen Problem der Kriegs- und Konfliktberichterstattung, dass nämlich im Krieg die Wahrheit als Erstes sterbe. Das ZDF habe versucht, die Vielzahl an Blogs, Videos und Berichten von Presseagenturen auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu untersuchen, dabei dem eigenen Publikum jedoch immer wieder vermittelt, dass viele Informationen nicht überprüfbar seien und deren Wahrheitsgehalt somit nicht garantiert werden könne.

Im anschließenden zweiten Panel gaben die Referenten Dr. Markus Linden (l.), Hauke Gierow (2. v. l.) und Kim-Björn Becker (r.) einen Überblick über das Thema „Netzpolitik“, moderiert von Christine Wetzel.



Zunächst stellte Herr Linden das Thema „Digitale Demokratie“ vor. Das Internet, so Herr Linden, sei mit vier demokratietheoretischen Idealvorstellungen verknüpft: 1) Jeder kann partizipieren. 2) Jeder wird partizipieren. 3) Informationen werden bereitgestellt und fördern eine kritische Auseinandersetzung mit den jeweiligen Themen. 4) Ein Austausch zwischen den Menschen findet statt.

An diese Idealvorstellungen anknüpfend diskutierte Herr Linden die positiven und negativen Effekte des Internets für die Demokratie. So bestehe die Gefahr der Vereinnahmung des Internets durch Eliten bzw. durch die Exekutive. Des Weiteren bestehe die Gefahr einer Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Spezialöffentlichkeiten, die sich jeweils nur noch auf bestimmte Bereiche konzentrieren und gegenüber konkurrierenden Meinungen und Einflüssen abschotten. Positiv seien dagegen Transparenzeffekte z.B. auf lokaler Ebene. Auch sieht Herr Linden eine Anschlussfähigkeit der Internetnutzung an bestehende Institutionen wie z.B. Parteien. Sein Fazit ist jedoch, dass das Internet keine eigene Demokratieform darstellt.

Anschließend referierte Hauke Gierow über das Thema „Digitale Beteiligungsformen“. Dazu nannte er das Beispiel der Open Knowledge Foundation, einer Organisation, die es sich zum Ziel gemacht habe, offenes, frei verfügbares Wissen im Netz bereitzustellen, sowie dessen Nutzung und Weiterverbreitung zu gewährleisten. Eine derartige Organisation könne

allerdings nur durch die Beteiligung möglichst vieler Menschen funktionieren. Daher stelle sich die Frage, welche Voraussetzungen für eine gelungene Beteiligung wichtig seien. Dazu führte Herr Gierow fünf Punkte an: 1) Es bedarf klarer Regeln für die Benutzung von Beiträgen, die der Einzelne leistet. 2) Die Nutzung muss barrierefrei sein, es darf keine Zugangsbeschränkungen geben. 3) Das Community-Management ist wichtig. 4) Die Weiterverwendbarkeit von Beiträgen muss gewährleistet sein. 5) Die Quellenlage muss offengelegt werden, um Beiträge überprüfbar zu machen.

In einem abschließenden Beitrag stellte Kim-Björn Becker die Frage, ob die Politik das Internet verstehe. Besonders umstrittene Themen seien die Vorratsdatenspeicherung, Urheberrechte, die Anonymität im Netz und die Frage, ob man gewisse Seiten sperren oder eher löschen solle. Forderungen wie z.B. von Innenminister Hans Friedrich, das Internet aus Gründen der Sicherheit einzuschränken, oder vom britischen Premierminister David Cameron, soziale Netzwerke zu regulieren, deuteten auf ein verbreitetes Missverständnis hin, nämlich der Idee von der Verantwortung des Internets als Akteur.

Schließlich warf Herr Becker die Frage auf, ob das Alter beim Verständnis für das Internet eine Rolle spiele, schließlich seien die Abgeordneten im Schnitt zwischen 48 und 49 Jahre alt. Bei einer Umfrage unter den Bundestagsabgeordneten hätten sich jedoch nur 40% als souveräne Internetnutzer beschrieben, weitere 11% seien funktionale Nutzer, 32% fühlten sich überfordert und 4,3% bezeichneten sich als Skeptiker. Es bestehe also ein Gleichgewicht zwischen Politikern, die sich mit dem Internet auskennen, und solchen, die überfordert seien. Das Alter sei dabei nicht unbedingt maßgebend.

Nikolas Elias